

P R E S S E D I E N S T

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 13 – Hochschulgesetz und Hochschulzulassungsgesetz

Dazu sagt die hochschulpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Angelika Birk:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 154.04 / 29.04.2004

Grüne

Universitäten sind keine Unternehmen

Den dritten großen Baustein zur Veränderung der schleswig-holsteinischen Hochschullandschaft erwarten wir von der Landesregierung noch vor der Sommerpause. Nach den Ergebnissen der Erichsen-Kommission mit den daraus folgenden Zielvereinbarungen hatten wir eine erste Hochschulgesetzänderung zur Einführung der Juniorprofessur. Jetzt geht es um Strukturveränderungen im Management der Hochschulen und um ein neues Verhältnis zwischen Politik und Hochschulen. Die CDU hat einen interessanten Vorschlag gemacht, den wir aber in den meisten Punkten ablehnen.

Reformen sind nötig, um tatsächlich eine transparente und pünktliche Umsetzung der Zielvereinbarungen zu garantieren. Dies gilt insbesondere auch für die medizinische Fakultät und das Uniklinikum, wir erwarten beispielsweise die Neugliederung des Uniklinikums in institutsübergreifende Zentren und eine Stärkung der Pflege. Ganz entscheidend ist auch, dass moderne Evaluationsinstrumente dafür sorgen können, die Mittelverteilung nach Leistungen in Forschung und Lehre zu steuern. Dazu gehören auch Parameter, wie Frauenförderung, studentische Beteiligung und Technikfolgenabschätzung.

Insbesondere die Nicht-Wieder-Wahl des letzten Rektors der Christian-Albrechts-Universität hat uns sehr nachdenklich gemacht. Sein erfolgreiches Engagement für den Reformprozess und die Zielvereinbarungen war offensichtlich an der eigenen Hochschule nicht breit und tief genug verankert. Deshalb glauben wir, dass auch zukünftig Zielvereinbarungen durch Hochschulsenate verabschiedet werden sollten. Wir gehen davon aus, dass Rektorate in ihrer operativen und exekutiven Aufgabenstellung gestärkt werden sollen. Hier geht uns aber die CDU entschieden zu weit. Die Demokratie der Hochschulen darf deshalb nicht ausgehebelt werden. Hochschulen sind keine Unternehmen.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Gerade angesichts der langfristigen Haushaltsbindungen durch die Zielvereinbarungen, ist es notwendig, dass Landesregierung und Parlament einmal in der Legislaturperiode einen Hochschulplan verabschieden, der die politischen Vorgaben für die Hochschullandschaft enthält. Auch dieses Anliegen der Opposition teilen wir.

Warum ProfessorInnen keine Präsenzpflcht haben, dafür aber noch mehr als bisher ihre Studenten auswählen sollen, leuchtet uns nicht ein. Der Vorschlag Trimester statt Semester kann nur realisiert werden, wenn der ökonomische Zwang vieler Studierender zu jobben entfällt.
